

Dr. D i n u s K a t h e r

B o n n , den 25. Juli 1952.
Renoistr.5.

Herrn Bundeskanzler Dr. Konrad A d e n a u e r

B o n n .

Palais Schaumburg.

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler,

[nachdem ich mir die Entwicklung der letzten Wochen und den Inhalt unserer Unterredung vom 21. Juli in Ruhe überdacht habe, sehe ich mich veranlasst, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Es ist sehr bedauerlich, dass die Neubesetzung des Ministeriums nicht vor den Ferien erfolgt ist. Es gehen kostbare Monate verloren, in denen nicht nur nicht gearbeitet wird, sondern die vielmehr, wie ich Ihnen schon ankündigte, dazu benutzt werden, um zu intrigieren. Diese meine Befürchtung hat sich durchaus bestätigt. Wie mir von zwei Seiten übereinstimmend mitgeteilt wurde, hat am Dienstag im Anschluss an Ihre Unterredung mit Herrn Dr. Lukaschek im Ministerium ein Kriegsrat in engerem Kreise stattgefunden. Der Kampf wird jetzt nicht mehr geführt werden unter der Devise pro Lukaschek - dieser Kampf wird aufgegeben - sondern nur noch unter dem Motto: keines - falls Dr. Kather! Zu diesem Zweck soll zunächst versucht werden, den B.V.D. zu spalten. Man wird den beiden grossen Landsmannschaften das Angebot eines neuen landsmannschaftlichen Zusammenschlusses machen unter Führung von Dr. Lodgman und unter Ausschaltung von Herrn Axel de Vries!

Daneben ist eine neue parteipolitische Konzeption gefasst worden. Man ist der Überzeugung, dass Kather mit einem Politiker aus den Reihen der Regierungsparteien nicht zu überrunden ist, sondern nur mit Hilfe des B.H.E. Parole: Nicht Zusammenschlagung des B.H.E. sondern Verbindung mit ihm. Man ist sich andererseits darüber klar, dass weder Sie noch der B.H.E. zu einer derartigen direkten Verbindung bereit sein werden, und man will deshalb einen Mittelweg einschlagen. Man wird Ihnen einen Mann präsentieren, der parteipolitisch ungebunden ist, aber so eng Fühlung mit dem B.H.E. hat, dass er denselben

(Das soll Hr. Schröder sein.)

Dienst leistet, wie ein abgestempelter B.H.E. Mann.)

Ich will zu dieser kühnen Konzeption nicht weiter Stellung nehmen, sondern nur hervorheben, dass meine seit Jahren aufgestellte Behauptung, dass Herr Dr. Schreiber ein getarnter Vorposten des B.H.E. ist, sich als richtig erwiesen hat.

Ich darf bei dieser Gelegenheit vielleicht auch noch bemerken, dass man kaum von einem einheitlichen B.H.E. sprechen kann. Herr Schreiber besitzt sicher das Vertrauen des B.H.E. in Schleswig-Holstein und Hamburg; aber keineswegs das der führenden B.H.E. Männer im Westen und Süden. Ich darf darauf hinweisen, dass ein Drittel der Stimmen, die für den Ausschluss Hamburgs abgegeben worden sind, B.H.E. Stimmen waren.

Keineswegs kann ich diese Pläne leicht nehmen; denn das Beispiel Hamburgs hat gezeigt, welchen Schaden ein völlig bedeutungsloser Verband anrichten kann. Ich würde es selbstverständlich auf mich nehmen, diesen Kampf durchzustehen, wenn es mir nicht zweifelhaft geworden wäre, ob überhaupt noch ein Anlass besteht, gegen meine Ernennung zu arbeiten, und dieser Arbeit auf der anderen Seite einen Widerstand entgegenzusetzen.

Ich kann Ihnen nicht verhehlen, Herr Bundeskanzler, dass ich den Eindruck bekommen habe, dass Ihrerseits die Entscheidung bereits gefallen ist, und dass Sie nicht mehr gewillt sind, an unserer früheren Abrede festzuhalten.

Ich schliesse das besonders daraus, dass Sie mir das Hauptamt angeboten haben und mir auch dann noch zugeraten haben, dieses Amt zu übernehmen, als ich Sie darauf hingewiesen hatte, dass das eine völlige Ausschaltung aus der Politik bedeuten würde, weil ich dann weder mein Mandat noch die Leitung des B.V.D. behalten, noch aktiv in der parteipolitischen Arbeit stehen könnte.

Sie haben mich auf die Widerstände hingewiesen, die im Kabinett, in der D.D. und auch in der Fraktion aufgetreten sind. Die D.P. ist inzwischen offiziell von dem Brief Hellwege abgerückt, und auch die anderen Widerstände können keine entscheidende Bedeutung haben, zumal ich sicher bin, dass die grosse Mehrheit der Fraktion meine Auffassung teilt. Es hat mich auch betroffen gemacht, dass Sie eine

Kandidatur Ryba ernsthaft in Erwägung gezogen haben, obwohl er doch zu Ihnen geschickt war mit dem Auftrag, meine Ernennung durchzusetzen, und dass Sie den ~~torichten~~ Gerüchten über meine Freundschaften mit den Nazis ^{meinen die unrichtigen Aussagen von Ryba} keine Bedeutung beigemessen, die ihnen ganz offensichtlich nicht zukommt.

Ich habe schon anlässlich unserer Unterredung darauf bestanden, dass ich mir das Recht vorbehalten muss, jederzeit diesem Angriffen und diesem Gerede ein Ende dadurch zu bereiten, dass ich öffentlich erkläre, dass ich eine Berufung in dieses Ministerium unter keinen Umständen mehr annehme.

Nachdem ich die oben kurz angedeuteten Überlegungen angestellt habe, und mir weiter auch ins Gedächtnis zurückgerufen habe, dass weder in Ihren Briefen vom 12. Juli noch in der Unterredung vom 21. Juli irgend eine Zusage für die Zukunft enthalten war, bin ich nunmehr zu dem Entschluss gekommen, ~~so~~ ^{keine} öffentliche Erklärung abzugeben. Von demselben Augenblick an kann ich damit rechnen, dass die Angriffe seitens der S.P.D. des B.H.E. und der vereinigten ostdeutschen Landsmannschaften aufhören, bzw. stark nachlassen.

Ich bin mir andererseits darüber klar, dass ein solcher Schritt den politischen Erfolg, den mir mit dem Abkommen während der dritten Lesung des Lastenausgleichsgesetzes erstrebt haben, für immer vereiteln würde. Ich halte mich deshalb für verpflichtet, Ihnen vorher davon Mitteilung zu machen, und Sie auf die einzige Möglichkeit hinzuweisen, die mich veranlassen könnte, von diesem Schritt abzuweichen. Das wäre eine ganz klare und eindeutige Erklärung Ihrerseits, dass Sie an unserer Vereinbarung vom 26. Juni festhalten, und dass auf der ersten Plenartagung des Bundestages am 10. September meine Vereidigung als Minister erfolgen wird.

Ich darf aber bemerken, dass diese Erklärung Ihrerseits auch die Zusicherung einschliessen muss, mich bei der künftigen Arbeit und insbesondere auch im Kabinett so zu unterstützen, dass ich bis zu den Wahlen wirklich greifbare Erfolge aufweisen könnte. Dazu würde auch gehören, dass das Hauptamt mit einer Persönlichkeit besetzt würde, die ein reibungsloses Zusammenarbeiten mit mir gewährleistet. Dazu würde weiter gehören, dass auch für meinen Etat die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, ~~die~~ ^{da} es mir gestatten, wirkliche Vertriebenenpolitik zu betreiben; und es müsste auch sicher sein, dass nicht wie bisher über das Ministerium Kaiser Organisationen unterstützt werden, ~~und die von~~ ^{und die von} B.V.D. und die Politik der

Bundesregierung gleichermassen bekämpfen.

Um keinen Irrtum aufkommen zu lassen; ich verlange solch eine Erklärung nicht, und es würde mir auch nicht anstehen, so etwas von Ihnen zu fordern. Ich fühle mich aber verpflichtet, Ihnen mitzuteilen, dass ich ohne so ~~sehr~~ Erklärung Ihrerseits es für untragbar halten würde, von der Öffentlichkeit weiter als Anwärter auf dieses Amt angesehen zu werden. Ich bin sicher, dass Sie Verständnis für meinen Schritt haben, und dass auch Sie die Notwendigkeit erkennen, dass ich vor allem auch meinem Verbands gegenüber die Verpflichtung habe, nunmehr sofortige und endgültige Klärung zu schaffen.

Indem ich Ihnen für Ihren Urlaub gute Erholung wünsche, die Sie sicher so notwendig haben wie wir alle, bleibe ich mit freundlichen Grüßen

Ihr

Rhöndorf/Rhein, den 27.7.1952.

Herrn
Dr. Linus Kather,
B o n n .
Renoistr.5.

Sehr geehrter Herr Kather!

Ihren Brief vom 25.Juli erhalte ich gerade vor meiner Abreise in die Schweiz. Ich kann unmöglich deswegen in vollem Umfange auf ihn eingehen, bemerke aber folgendes:

Herr Dr. Schreiber kommt nicht in Frage.

Die Gerüchte über Ihren wirtschaftlichen Zusammenbruch habe ich ihm mitgeteilt, weil ich glaubte, Ihnen damit einen Dienst zu tun. Das gleiche gilt von dem Gerücht, daß Sie sich mit früheren Nationalsozialisten, die besonders hervorgetreten seien, umgäben. Übrigens stammt diese Behauptung nicht von Ryba. Herr Ryba ist nicht mein Kandidat. Ich habe überhaupt z.Zt. keinen Kandidaten. Ich kann Ihnen unmöglich die von Ihnen gewünschte Erklärung abgeben, ohne mit den Koalitions-Fraktionen Fühlung genommen zu haben. Mit dem Rheinischen Merkur habe ich überhaupt nichts zu tun. Ich würde Ihnen empfehlen, auch etwas in Urlaub zu gehen, damit wir dann im September über die ganze Angelegenheit, wenn die Fraktionen wieder anwesend sind, sprechen.

Mit freundlichen Grüßen



(Adenauer)